



WAS, WOFÜR, WIE & MIT WEM?

FÜR EINE
EINMISCHENDE
JUGENDPOLITIK
IN NRW!



HERAUSGEBER



Landesjugendring NRW e.V.
Sternstraße 9–11
40479 Düsseldorf

Telefon 0211 49 76 66-0
Telefax 0211 49 76 66-29

www.ljr-nrw.de
facebook ljr.nrw
twitter ljr_nrw
instagram landesjugendring_nrw

V.I.S.D.P

Gregor Gierlich

REDAKTION

Sarah van Dawen-Agreiter
Jil-Madelaine Blume
Heike Kronenberg

BILDNACHWEISE

FOX/Völkner

GESTALTUNG

dreikauss.com

DRUCK

schmitz, druck & medien

AUFLAGE

500 Stück

Stand September 2019

Gefördert vom:

Ministerium für Kinder, Familie,
Flüchtlinge und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



INHALT

- | | | |
|----|---|----|
| 01 | Von der Notwendigkeit einer Einmischenden Jugendpolitik | 4 |
| 02 | Legitimation einer Einmischenden Jugendpolitik | 7 |
| 03 | Ebenen der Jugendpolitik | 8 |
| 04 | Politik der Einmischung | 11 |
| 05 | Erfahrungen und Erfolge | 16 |
| 06 | Verweise und Internetseiten | 22 |

EINLEITUNG

Der Landesjugendring NRW fordert als Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände auf Landesebene seit geraumer Zeit eine einmischende Jugendpolitik.

Wir diskutieren sie seit 2012 gemeinsam mit Akteur_innen aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Jugendarbeit und Zivilgesellschaft. Dabei sind uns häufig Fragen gestellt worden wie: Warum braucht es so dringend eine einmischende Jugendpolitik? Wie genau soll die aussehen? Was hat das mit der Eigenständigen Jugendpolitik zu tun? Wer mischt sich eigentlich wo wie ein?

Diese Broschüre gibt Antworten auf diese und weitere Fragen. Gleichzeitig handelt es sich um einen Debattenbeitrag. Schließlich ist eine einmischende Jugendpolitik ein Konzept, in dem Theorie und Praxis ineinandergreifen und das neben der Etablierung auch der stetigen Weiterentwicklung bedarf. Wir laden herzlich dazu ein, an einer einmischenden Jugendpolitik mitzuwirken!

Ihr und euer Landesjugendring NRW

01 VON DER NOTWENDIGKEIT EINER EINMISCHENDEN JUGENDPOLITIK

Jung sein – das ist etwas anderes, ob man arm ist oder reich, auf dem Land aufwächst oder in der Großstadt, ob man Diskriminierungserfahrungen macht oder nicht.

Jung sein – das bedeutet herauszufinden, wer man ist und wofür man steht. Es bedeutet, seinen Platz in der Gesellschaft zu suchen und über diese Gesellschaft hinauszudenken.

Jugend ist ein eigenständiger, besonderer Lebensabschnitt voller Hoffnungen und Unsicherheiten. Jugendpolitik hat den Auftrag *Jugend zu ermöglichen*, damit junge Menschen diesen Herausforderungen begegnen können. Das kann einer Jugendpolitik, die sich allein mit klassischer Jugendhilfe auseinandersetzt, nicht gelingen. Dazu braucht es eine einmischende Jugendpolitik.

Was ist Jugendpolitik?

Wenn ein Jugendzentrum eröffnet oder geschlossen wird, eine Ferienfreizeit finanzielle Unterstützung findet oder nicht – dann sind junge Menschen direkt von den Folgen dieser Entscheidungen betroffen.

Solche Fragen werden kommunal im Jugendhilfeausschuss unter Einbindung der Freien Träger der Jugendhilfe entschieden. Im Jugendausschuss des Landes wird z.B. analog der Kinder- und Jugendförderplan NRW beschlossen. Kleinteiligere Entscheidungen trifft die Verwaltung, d.h. die Landesjugendämter oder der Verwaltungspart des kommunalen Jugendamtes. In NRW gibt es zwei Landesjugendämter und damit zwei Landesjugendhilfeausschüsse.

Aber das sind nicht die einzigen für junge Menschen relevanten Themen: Welche Schule soll gebaut werden? Soll eine Fläche für Gewerbe oder Wohnungen zur Verfügung stehen? Wollen wir Kohle-, Atom- oder Windenergie? Diese Fragen stellen sich junge Menschen und sie haben nicht selten eine Meinung dazu. Sie gehen junge Menschen etwas an – auch, weil sie länger von den Folgen der Entscheidungen betroffen sind als die aktuell ältere Generation.

Wir unterscheiden zwischen einer ausdrücklichen, also **expliziten Jugendpolitik**, die darum weiß, dass sie Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche hat, und einer **impliziten Jugendpolitik**, die zwar Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche hat, diese aber nicht mitdenkt. Dazwischen stehen Entscheidungen, die zwar junge Menschen besonders benennen, die aber in anderen Politikfeldern getroffen werden. Dazu gehört die Frage, wie viel Geld Kinder von SGB II-Empfänger_innen bekommen oder wer wählen darf und wer nicht. Das sind, wenn man bedenkt, dass junge Menschen ein weit höheres Armutsrisiko haben als Erwachsene,¹ keineswegs unwichtige Fragen.

Die politischen Entscheidungen der unterschiedlichen Politikfelder sind häufig widersprüchlich. Manche bestärken, dass junge Menschen früh Verantwortung für sich und andere übernehmen sollen, andere lassen ihnen Freiräume zur Entwicklung oder behandeln sie wie Störenfriede – wieder andere verbauen Wege und Möglichkeiten für bestimmte Jugendliche und für andere nicht.²

Was fehlt, ist eine kohärente, also eine in sich stimmige Strategie, die junge Menschen im Blick hat.

Wer gilt im Einzelfall als betroffen und wer wird zum öffentlichen Gespräch zugelassen? Wem werden vernünftige Argumente zugetraut, wem nicht? – Brigitte Kerchner³

Sind junge Menschen politisch?

Junge Menschen verfügen über eigene Meinungen, Interessen, Ideen und Träume, aber auch über Enttäuschungen und Unzufriedenheiten. Wenn ihnen etwas nicht gefällt, schreiben sie nicht unbedingt einen Beschwerdebrief an ihre_n Abgeordnete_n. Als Minderjährige in NRW dürften sie auch nicht wählen und weder ein Volksbegehren noch eine Volksinitiative unterstützen oder an Volksentscheiden teilnehmen.

Erschwerend kommt hinzu, dass die parlamentarischen Gepflogenheiten und Abläufe ihrer Lebensrealität häufig fern sind. Und genauso scheint es auch andersherum zu sein: Wer Zeitungsberichte liest, merkt, dass der Blick insbesondere auf Jugendliche häufig defizitorientiert, d.h. auf vermeintliche Schwächen und Fehler gerichtet ist. Jugendkulturelle Ausdrucksformen und jugendliches Handeln werden zu selten auf ihre gesellschaftspolitische Aussage hin befragt. In einem ‚weiten Politikbegriff‘ sind aber auch die Alltagserfahrungen politisch: zum Beispiel, ob junge Menschen Wertschätzung und Anerkennung durch Erwachsene erfahren, ob ihre Meinung Gehör findet und sie an der Gestaltung ihres Umfeldes mitwirken können.

Die Übersetzung zwischen einem ‚weiten Politikbegriff‘ und politischem Handeln durch Politik und Verwaltung gelingt selten.

Beispielsweise die Gestaltung eines Wohnviertels, hat in der Verwaltung ihre eigene Sprache und eigene Abläufe. Wenn junge Menschen sich „Freiräume“ wünschen, muss das erst übersetzt werden in Verordnungen und Regelungen.

Eine einmischende Jugendpolitik ist notwendig, weil junge Menschen von vielen Entscheidungen (besonders lange) betroffen sind, diese aber weniger als Ältere beeinflussen können. Stattdessen werden ihre Alltagserfahrungen, Meinungen und Ausdrucksformen nicht als politisch erkannt.

02 LEGITIMATION EINER EINMISCHENDEN JUGENDPOLITIK

Die UN-Kinderrechtskonvention sieht vor, dass das „best interest of the child“ (auf Deutsch: das Kindeswohl) ein Gesichtspunkt ist, der bei allen Entscheidungen vorrangig zu berücksichtigen ist, die Minderjährige betreffen. In Deutschland hat zudem die Jugendhilfe den gesetzlichen Auftrag, „positive Lebensbedingungen für junge Menschen [...] zu erhalten oder zu schaffen“ (§ 1 SGB VIII Absatz 4). Die Angebote der Jugendarbeit sollen „an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen“ (§ 11 SGB VIII). Durch die Jugendverbände beziehungsweise ihre Zusammenschlüsse werden darüber hinaus „Anliegen und Interessen junger Menschen zum Ausdruck gebracht und vertreten“ (§ 12 SGB VIII).

In NRW gilt ergänzend mit Blick auf die Kommunen, dass „Kinder und Jugendliche an allen ihre Interessen berührenden Planungen, Entscheidungen und Maßnahmen [...] in angemessener Weise beteiligt werden“ sollen (§ 6 3. AG KJHG-NRW Absatz 2).

Es gibt genügend Vorschriften, die dazu führen müssten, dass:

- **die Interessen junger Menschen von Entscheidungsträger_innen berücksichtigt werden.**
- **junge Menschen an sie betreffenden Entscheidungen „in angemessener Weise“ beteiligt werden.**

Mit der Jugendarbeit wurde durch die Gesetzgebung eine Gruppe benannt, die sich hierfür einsetzt und diese Prinzipien in ihrer eigenen Arbeit umsetzt. Aber entsprechen diese Vorschriften der Realität? Aus unserer Sicht ist noch einiges zu tun, um sie zu verwirklichen.

03 EBENEN DER JUGENDPOLITIK

Unter anderem Benedikt Sturzenhecker unterscheidet drei relevante Ebenen, die eine einmischende Jugendpolitik im Blick haben muss:

1. die Ebene der Öffentlichkeit,
2. die Systemebene von Politik und Verwaltung,
3. die Ebene der (Kinder und) Jugendlichen selbst.⁴

Von der **Ebene der Jugendlichen** auszugehen bedeutet, an ihren Alltagserfahrungen anzuknüpfen. Es bedeutet, sie zu fragen, wie sie sich eine gerechte Welt vorstellen, was in ihren Augen gut und schlecht ist, was es zu verändern gilt.⁵ Jugendarbeit soll mit jungen Menschen gemeinsam Freiräume organisieren, in denen sie sich ausprobieren und Aushandlungsprozesse positiv erleben können. Dies gelingt nicht, wenn Inhalte und Ziele der Arbeit mit Jugendlichen bereits durch Projektvorschriften starr vorgegeben sind. Stattdessen braucht es gestaltbare Ressourcen.

„Kinder und Jugendliche“, „junge Menschen“, „Jugendliche“ – die Benennungen und Beschreibungen variieren. Der Landesjugendring NRW spricht im Wesentlichen von jungen Menschen und meint damit ca. 13- bis 27-Jährige. Darin sind Jugendliche (bis zur Volljährigkeit) sowie junge Erwachsene inbegriffen. **Die deutschen Gesetzbücher und Politiken kennen unterschiedliche Altersgrenzen. Die Jugendphase wird deswegen inhaltlich bestimmt.** Sie zeichnet sich durch die Kernherausforderungen Verselbstständigung, Qualifizierung und Selbstpositionierung aus.⁶ Insofern grenzt sie sich auch von der Phase der Kindheit ab.

Die **Systemebene von Politik und Verwaltung** fächert sich auf. Jugendpolitik im klassischen Sinn ist im Wesentlichen kommunale Aufgabe. Der Jugendhilfeausschuss ist ein sogenannter Ausschuss mit sondergesetzlichem Status. Er bildet mit der Verwaltung zusammen erst das Jugendamt. Im Jugendhilfeausschuss sind neben den Vertreter_innen des Rates auch Vertretende der freien Jugendhilfe

stimmberechtigt. Der Jugendhilfeausschuss kann sowohl eigene Entscheidungen treffen als auch Anträge an den Rat stellen. Durch die Vertreter_innen der freien Jugendhilfe sind theoretisch neben den Ratsmitgliedern also Menschen aus der Jugendarbeit im Jugendhilfeausschuss, die die Meinungen und Ideen junger Menschen kennen und in ihrem Sinne handeln.

Die Verwaltung ist ebenfalls ein Träger der Jugendhilfe. Hier arbeiten Jugendpfleger_innen z.B. in eigenen Einrichtungen der Kommune. Sie sind zum einen in Hierarchien eingebunden und müssen Beschlüsse umsetzen. Zum anderen haben sie einen Adressat_innenauftrag. Laut Benedikt Sturzenhecker entstehen in diesem Konfliktfeld Chancen für Demokratie. Die Arbeitsgemeinschaft kommunale Jugendförderung NRW betont zudem die Planungs- und Steuerungsverantwortung der kommunalen Jugendhilfe.⁷

Wesentliche Entscheidungen, die die Lebenswelt junger Menschen und ihre Zukunft berühren, werden auf anderen als der kommunalen Ebenen getroffen – in den Bundesländern, auf der Bundesebene oder in der EU. Sowohl die Bundesebene als auch die EU verfügen über eine Jugendstrategie.

In Nordrhein-Westfalen haben Jugendministerium und Landesjugendring NRW gemeinsam die Idee einer einmischenden Jugendpolitik in die Debatte gebracht. Sie stehen jedoch, gemessen an dem Notwendigen, alle noch am Anfang.

Die **Ebene der Öffentlichkeit** ist für Jugendpolitik relevant, um die für junge Menschen wichtige Dimension der Anerkennung zu organisieren. Wie eine Gesellschaft über junge Menschen denkt und wie sie in Medien dargestellt werden, hat durchaus Einfluss auf ihr Selbstbild und ihre Lebensrealität. Druck zur Selbstoptimierung sowie die Aussicht auf prekäre Arbeitsverhältnisse stehen dabei auf der negativen Seite. Um die Meinung und das Bild von jungen Menschen zu verändern – um nicht auf ihre (vermeintlichen) Unzulänglichkeiten zu schauen, sondern sie in ihren Ideen und Wünschen ernst zu nehmen – braucht es über die Jugendarbeit hinaus Verbündete. Aus diesem Grund wurde im Rahmen der Erarbeitung einer Eigenständigen Jugendpolitik vorgeschlagen, „Allianzen für die Jugend“ zu gründen.⁸

Der Landesjugendring NRW hat dies mit dem *Bündnis für Freiräume* umgesetzt.



04 POLITIK DER EINMISCHUNG

Einmischen kann man sich überhaupt nur, wenn man eigenständig ist.
 – ***Benedikt Sturzenhecker***⁹

Damit Jugendarbeit in der Lage ist, die Interessen von jungen Menschen (mit ihnen gemeinsam) zu formulieren, muss sie ausreichend ausgestattet sein. Es braucht die finanziellen Ressourcen und das fachliche Selbstverständnis sowie Wissen um politische Bildung und Beteiligung. Die angemessene Förderung ist im Übrigen rechtlich vorgeschrieben.¹⁰ Zusammen mit Jugendpolitiker_innen, der Verwaltung und Jugendforscher_innen kann auf dieser Basis ein jugendpolitischer Diskurs zur Etablierung einer einmischenden Jugendpolitik entstehen. Auch das Bundesjugendkuratorium sieht das jeweilige „Jugendressort“ in der Pflicht, eine „Politik der Einmischung“ zu formulieren.¹¹

Für eine einmischende Jugendpolitik braucht es:

- Wissen um die Lebenslagen junger Menschen,
- eine Analyse von Entscheidungen und Vorgängen mit jugendpolitischer Relevanz,
- eine anwaltschaftlich handelnde Jugendpolitik sowie
- den direkten Einbezug junger Menschen.

Jugendpolitik muss zugleich Ressort- und Querschnittspolitik sein.

Die einmischende Jugendpolitik diskutiert folgende Instrumente:

- **Jugendmonitoring**
- **Jugendcheck**
- **Befragungen junger Menschen**
- **Beteiligung und politische Bildung**



Das Jugend- monitoring

„Um die Themen aller jungen Menschen in NRW erkennen und wirksam aufgreifen und berücksichtigen zu können, braucht es ein Jugendmonitoring, aus dem politische Handlungsbedarfe abgeleitet werden. Ein solches Monitoring müsste circa alle zwei Jahre sowohl die Lebenslagen als auch die Meinungen junger Menschen in ganz NRW erfassen und dabei die sozioökonomische Lage, aber auch Differenzlinien wie Geschlecht, sexuelle Orientierung und Migrationsgeschichte berücksichtigen.“¹²

Insbesondere der UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in den reichen Industrienationen¹³ hat gezeigt, dass eine Diskrepanz zwischen dem subjektiven Wohlbefinden und den objektiven Daten zu Bildungsleistung etc. anzunehmen ist (Stichwort: leistungsstark aber unglücklich?).

Wir brauchen sowohl Wissen zu den Lebenslagen junger Menschen als auch Daten zum subjektiven Wohlbefinden für einen ganzheitlichen Ansatz im Sinne junger Menschen.

Der zweite Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz hat das Konzept des „child well-beings“ weiterentwickelt zum „Index für das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen (WKJ)“.¹⁴ Die Themen wurden über einen qualitativ-explorativen Zugang von den Jugendlichen selbst generiert. Dabei wurde deutlich, „dass es die Jugendlichen überaus schätzen, befragt zu werden und dass sich jemand für sie und ihre Perspektive interessiert.“¹⁵

Ein solches Jugendmonitoring kann nur dann Wirkung entfalten, wenn es in die politischen Entscheidungsstrukturen einfließt, zum Beispiel durch Anhörungen im Jugendausschuss und die Übertragung von Schlussfolgerungen in andere Ausschüsse. Zudem wären diese Daten eine der Grundlagen für einen Jugendcheck NRW.



Der Jugend- check NRW



Damit die Auswirkungen von Entscheidungen auf junge Menschen rechtzeitig durchdacht werden, braucht es einen Jugendcheck. Ein Jugendcheck setzt bereits im Entstehungsprozess z.B. eines Gesetzes ein. Es können aber auch bereits getroffene Entscheidungen einem Jugendcheck unterzogen werden.

Konkret bedeutet das, dass geprüft werden muss, ob es „spezifische Auswirkungen“ auf junge Menschen in ihrer Gegenwart oder Zukunft gibt. Hierbei geben die Säulen der UN-Kinderrechtskonvention Schutz, Förderung und Beteiligung Orientierung.¹⁶

„Unter *spezifischen Auswirkungen* werden Auswirkungen verstanden,

- die junge Menschen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu dieser Altersgruppe (12 bis 27 Jahre) betreffen oder auf diese in besonderer Weise wirken und
- die beschreibbare Gruppen junger Menschen betreffen. Die Vielfalt junger Menschen in Hinblick auf Neigungen und Interessen, Bedürfnisse und Fähigkeiten, Lebenssituationen und Angehörigkeit zu verschiedenen (sozialen und Alters-)Gruppen innerhalb der Lebensphase Jugend sorgt für unterschiedliche Betroffenheit durch Gesetzesvorhaben.“¹⁷

Sollten intendierte oder nicht-intendierte Auswirkungen auf junge Menschen festgestellt werden, ist die Eröffnung eines jugendpolitischen Diskurses notwendig. Hierzu gehört auch die Einbindung junger Menschen selbst.

Auf Bundesebene wird der Jugendcheck bereits erprobt. Sowohl eine Sensibilisierungsfunktion als auch die Bestätigung der These, dass Vorhaben jenseits der Politik des Bundesjugendministeriums relevant sind, können bereits bestätigt werden. Es fehlt jedoch noch an Verbindlichkeit, damit der Jugendcheck seiner Beratungsfunktion vollumfänglich nachkommen kann.¹⁸

1.000-Stimmen- Befragungen



Mit den 1.000-Stimmen-Befragungen kann ein Meinungsbild junger Menschen zu wesentlichen zur Entscheidung stehenden Themen eingeholt werden.

Wichtig ist es hierbei, möglichst Repräsentativität herzustellen, um die Vielfalt der Meinungen junger Menschen darzustellen. Das Ergebnis muss in die weiteren Debatten einfließen. Auf Wunsch können die jungen Menschen über das Ergebnis des Diskussionsprozesses informiert werden. Mit diesem Instrument können, ähnlich wie bei sonstigen Befragungen z.B. von Wähler_innen, kaum differenzierte Debatten entstehen. Hierfür braucht es Instrumente der Beteiligung und der politischen Bildung.

Beteiligung und politische Bildung



Die Kommune stellt den konkreten Raum des Aufwachsens und Lebens für junge Menschen zur Verfügung und hat so einen großen Einfluss auf ihre Lebenswelt. Hier ist es deswegen besonders relevant, dass jungen Menschen Partizipationsmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Insbesondere vor Wahlen finden in den meisten Kommunen Veranstaltungen statt, bei denen junge Menschen ihre Meinungen und Wünsche artikulieren. Diese Formate sind wichtige Momente zur Meinungsbildung. Sie verzichten jedoch häufig auf Rückbindungsschlaufen mit Politik und Verwaltung, sodass im schlechtesten Fall ein Wunschzettel erstellt wird, der ins Leere läuft. Die Qualitätsstandards zu Partizipation müssen berücksichtigt werden!¹⁹ Dazu gehört es, die Macht- und Wissensunterschiede zwischen jungen Menschen und Politiker_innen im Vorfeld zu bearbeiten, damit junge Menschen nicht ‚abgespeist‘ werden können. Zu häufig erklären sich Politiker_innen als nicht zuständig: Hierauf müssen junge Menschen vorbereitet werden und ihre Möglichkeiten aber auch rhetorische Tricks kennen. Die Übersetzung jugendlicher Interessen und Ideen in politische Vorgänge bzw. Vorgänge der Verwaltung ist eine weitere Herausforderung. Sprache und Zeitläufe entsprechen nicht den Lebenswelten junger Menschen. Es braucht eine beidseitige Sensibilisierung. Diese Erfahrungen haben wir auch auf der Landesebene gemacht.

Hier braucht es eine starke Interessensvertretung, die dafür eintritt, dass Jugendbeteiligung mehr als ein bloßes Showlaufen auf Veranstaltungen ist.

Gerade junge Menschen aus sozial marginalisierten Milieus „wissen – vielleicht eher intuitiv als bewusst –, dass ihnen abgesprochen wird, politisch fähig und politisch berechtigt zu sein.“²⁰ Hier sind die Akteur_innen der politischen Bildung gefragt. Politische Bildung muss in die Analyse einsteigen und zugrunde liegende ausschließende Strukturen kritisieren, um Politik für und mit allen zu ermöglichen:

„Politik und Demokratie werden vor allem dann begreifbar, wenn sie nicht nur durch andere repräsentiert, sondern direkt erfahren werden. Im direkten politischen Handeln und Lernen entsteht in manchen Situationen erst das, was Hannah Arendt als politische Freiheit bezeichnet hat. Frei zu sein, um die allgemeinen politischen Angelegenheiten (die res publica) selbst in die Hand zu nehmen, gemeinsam Alternativen zu beraten und kooperativ Lösungen für festgefahrene oder schwer lösbare Konflikte zu finden.“²¹



05 ERFAHRUNGEN UND ERFOLGE



Wenn es darum geht, Entscheidungen zu treffen, sollten Jugendliche auch dabei sein. Ich wünsche mir mehr Chancengleichheit nach dem Schulabschluss und dass es nicht mehr so ein starkes Gefälle zwischen den verschiedenen Schulformen gibt.

— Niklas, Jugendforum in Herford

Ich habe hier viele Einblicke bekommen, wie Politik überhaupt funktioniert. Mir gefällt, dass es hier endlich mal um die Interessen von Jugendlichen geht. Schließlich müssen die in Zukunft auch mal wählen gehen.

— Julian, Jugendforum in Aachen

Das gehört in jedes Leitbild jeder Kommune. Es ist eine Sache von Chefs der Verwaltung und Politik zu sagen: Wenn wir unser Gemeinwesen gemeinsam gestalten wollen, müssen wir mit jungen Menschen ins Gespräch kommen. [...] Auch in der Medienberichterstattung müssen wir fragen: Wer wird wie in seinen Positionen ernst genommen?

— Mareile Kalscheuer, Landschaftsverband Westfalen-Lippe

Wir hatten viele gute Ideen, aber ich bin mir nicht sicher, ob diese auch umgesetzt werden.

— Jia Wie, Jugendforum in Marl

Wir möchten, dass Zukunftsthemen in unserem Land von allen Bevölkerungsschichten diskutiert werden, aber eben auch und gerade von den Jugendlichen, die letztendlich eine viel längere Zeit von solchen Grundsatzentscheidungen profitieren oder darunter leiden werden.

— Marc-Oliver Pahl, Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Das gehört in jedes Leitbild jeder Kommune. Es ist eine Sache von Chefs der Verwaltung und Politik zu sagen: Wenn wir unser Gemeinwesen gemeinsam gestalten wollen, müssen wir mit jungen Menschen ins Gespräch kommen. [...] Auch in der Medienberichterstattung müssen wir fragen: Wer wird wie in seinen Positionen ernst genommen?

— Mareile Kalscheuer, Landschaftsverband Westfalen-Lippe

Der Landesjugendring NRW hat sich auf den Weg gemacht für eine einmischende Jugendpolitik in NRW. Diese Jugendpolitik soll junge Menschen wirklich berücksichtigen, am besten in allen Politikfeldern. Sie soll auch ermöglichen, dass junge Menschen selbst mitreden können, dass sie sich selbst einbringen können. Schon jetzt können wir sagen: Der Versuch hat sich gelohnt!

— Sarah Primus, Vorsitzende des Landesjugendrings NRW (2013 – 2019)

In vielen politischen Entscheidungen kommt der ländliche Raum einfach zu kurz. Städte können die Probleme, die wir auf dem Land haben, oft nicht nachvollziehen. Nur weil es eine Haltestelle im Ort gibt, heißt es leider nicht, dass man von dort auch überall hinkommen kann.

— Katrin, Jugendforum in Bad Sassendorf

Wir fördern die einmischende Jugendpolitik, weil wir möchten, dass Jugendliche bei der Gestaltung von Politik mehr gehört werden. Zugleich möchten wir damit diejenigen stärken, die zum Beispiel legitimiert durch Wahlen in Jugendverbänden oder anderen Selbstvertretungen junger Menschen anwaltschaftlich Politik für Jugendliche machen. Dieses Mandat der Interessenvertretung erstreckt sich gemäß der gesetzlichen Regelungen nicht nur auf die unmittelbare Jugendpolitik, sondern auf alle Felder politischen Handelns, die die Interessen von Jugendlichen berühren. — Jürgen Schattmann, Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge & Integration des Landes NRW



umdenken – jungdenken! Die Initiative zur einmischenden Jugendpolitik

In 2012 fand ein Fachkongress zur fachlichen Vermessung des neuen Gedankens ‚Eigenständige Jugendpolitik‘ und seiner Einordnung in die Praxis der Jugendarbeit statt. Ein Bestandteil des Kongresses war die Formulierung von Thesen und Fragen durch die teilnehmenden Jugendarbeiter_innen, Verbandler_innen sowie Vertreter_innen von Wissenschaft und Verwaltung.

In einem weiteren Schritt haben knapp 2.000 junge Menschen in 30 Jugendforen in NRW diskutiert. Die Jugendlichen haben die für sie relevanten Themen zusammengetragen und erörtert. Die Ergebnisse ihrer Diskussionen wurden von Jugendreporter_innen zusammengefasst und zur inhaltlichen Grundlage des ‚Jugendkongress 2014 – jungdenken jetzt!‘. 200 Delegierte aus den Jugendforen und Jugendverbänden kamen hierzu im Landtag zusammen und haben Forderungen an die Landesregierung formuliert.

Auf der Wochenendveranstaltung ‚jungdenken ... reloaded‘ am Ende des Jahres 2014 hat die Jugendministerin Rede und Antwort zur Umsetzung und Bearbeitung der Forderungen gestanden. Zudem haben dreißig Delegierte vertiefend zu

den Themen ‚Freiräume‘, ‚Mobilität‘ und ‚Bildung‘ diskutiert – gemeinsam mit den zuständigen Sprecher_innen aus dem Landtag und Vertreter_innen des Schul- und des Jugendministeriums.

Darüber hinaus hatte es das Jugendministerium übernommen, die Forderungen aus dem Jugendkongress 2014 zu beantworten. Dafür war es nötig, einen großen Teil der Ministerien in die Beantwortung einzubeziehen. Die Antwort der Landesregierung erschien 2016. Die notwendige Übersetzungsleistung zwischen den Forderungen junger Menschen sowie den unterschiedlichen Fachsprachen der Ministerien führte zu Zeitabläufen, die den Erwartungen junger Menschen nicht entsprachen. In der Folge war eine Beschäftigung mit dem Bericht zu den Forderungen durch die Jugendlichen, die die Forderungen entwickelt hatten, kaum möglich. Hier gibt es noch einen Weiterentwicklungsbedarf.

Die Erkenntnisse der Initiative sowie Ergebnisse der Aktivitäten im kommunalen Raum sind 2016 im Kongress ‚Perspektive Jugend‘ diskutiert und von Wissenschaftler_innen und Praktiker_innen gegen den Strich gebürstet worden. Hier wurde insbesondere eine deutlichere theoretische Beschreibung der Idee ‚einmischende Jugendpolitik‘ angemahnt.

Hierzu beigetragen haben im Folgenden jährlich stattfindende Workshops mit Wissenschaftler_innen und Praktiker_innen zu Themen wie Lobbyarbeit, Politische Bildung, Bildungslandschaften, Partizipation junger Menschen aus marginalisierten Milieus u.v.m.



Jungdenken ... lokal Perspektiven vor Ort

Neben der Landesebene ist für eine landesweite Umsetzung von einmischender Jugendpolitik die kommunale Ebene entscheidend. Die Gestaltung der Lebensumstände junger Menschen wird wesentlich durch ihr direktes Umfeld beeinflusst. Es hat konkrete Auswirkungen auf ihr Wohlbefinden und das Erleben von Selbstwirksamkeit.

Mit der besonderen Gestaltung der örtlichen Jugendhilfe – dem Jugendamt und dem Jugendhilfeausschuss sowie dem Einmischungsauftrag im SGB VIII – haben die Kommunen vom Gesetzgeber gute Werkzeuge an die Hand bekommen, um eine einmischende Jugendpolitik zu etablieren. In der Praxis werden diese Möglichkeiten jedoch häufig nicht ausreichend genutzt. Gründe hierfür sind andere Schwerpunktsetzungen durch Politik und Verwaltung sowie zum Teil einschränkende finanzielle Rahmenbedingungen.

Der Landesjugendring NRW konnte in seiner Projektarbeit zur kommunalen Jugendpolitik erste Erkenntnisse in der Praxis des Einmischens gewinnen und arbeitet in dem 2018 begonnenen Projekt ‚Perspektiven vor Ort‘ im Schwerpunkt mit sechs Potenzialregionen.²² Die Landesjugendämter Rheinland und Westfalen sind in diesem Bereich

ebenfalls aktiv. Das Thema eigenständige oder einmischende Jugendpolitik ist schon länger ein wesentlicher Bestandteil ihrer Beratungstätigkeit gegenüber den Jugendämtern. Aktuell planen die beiden Landesjugendämter ein umfangreicheres Vorhaben zur Entwicklung Eigenständiger Jugendpolitik in den Kommunen und mit den Jugendämtern.



Bündnis für Freiräume

Es ist ein wesentliches Kennzeichen einmischender Jugendpolitik, selbst aus dem engeren Kreis der Dinge und Belange zu treten, die in der finanziellen bzw. fachlichen Zuständigkeit der Jugendhilfe liegen.

Damit ‚Jugend ermöglicht‘ werden kann, wie es der 15. Jugendbericht der Bundesregierung ausdrückt, braucht es für junge Menschen neben der Qualifizierung Gelegenheiten zur Selbstpositionierung und Verselbstständigung. Hierfür sind Freiräume unbedingt notwendig. Auch im Rahmen der jugendpolitischen Initiative ‚umdenken – jungdenken‘ und in den Jugendverbänden ist die Forderung nach Freiräumen für junge Menschen deutlich zutage getreten.

Mit dem ‚Bündnis für Freiräume‘ hat der Landesjugendring NRW die Forderungen in drei Kernaussagen zusammengefasst:

1. Junge Menschen brauchen Entschleunigung.

2. Junge Menschen brauchen Zeit.

3. Junge Menschen brauchen Platz.

Hiermit sind die Dimensionen Bildung und Qualifizierungsdruck sowie Anerkennung im öffentlichen Raum und Räume zur Selbstorganisation und eigenen Gestaltung angesprochen. Es folgten konkrete Forderungen insbesondere an die (Hoch) Schul- und Jugendpolitik sowie an kommunale Akteur_innen. Mit der damaligen Landtagspräsidentin, dem DGB NRW-Vorsitzenden, dem Vertreter des Katholischen Büros und dem Beauftragten der Evangelischen Kirchen, dem Vorsitzenden des Verbandes der Kinder- und Jugendärzte Nordrhein, vielen Vertreter_innen der Jugendarbeit u.v.m. konnten Unterstützende für das Bündnis gewonnen werden. Durch unterschiedliche Kampagnenförmige und fachliche Aktivitäten wurden Politiker_innen sensibilisiert und Erfolge erzielt – zum Beispiel in der Anerkennung ehrenamtlichen Engagements in Bildungsverläufen. Bis heute gibt es in den Jugendgruppen und -verbänden eine hohe Identifikation mit dem Thema.

Einbindung durch Landesregierung und Landtag

Die Einmischung der Jugendverbände hat zu einer verstärkten Einbindung durch Landtag und Landesregierung geführt.

Beispielhaft sind die Anhörungen der Verfassungskommission, der Enquetekommission ‚Zukunft der Familienpolitik‘ und des Jugendausschusses zu nennen sowie die Nachhaltigkeitsstrategie, die Engagementstrategie, die Digitalisierungsstrategie, Handlungskonzept Rechtsextremismus sowie der Runde Tisch G8/G9 im Schulministerium. Die jugendpolitischen Sprecher_innen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, SPD und Die Piraten haben gemeinsam mit dem Landesjugendring NRW, der Landesschüler_innenvertretung und dem Kinder- und Jugendrat eine Absichtserklärung unterzeichnet, in dem sie sich auf einen gemeinsamen Prozess zur Frage der Beteiligung junger Menschen an der Landespolitik bekennen. Die darin aufgerufenen Punkte wurden im Beschluss des Landtages ‚Einmischen, aber richtig!‘ 2017 bestätigt.

Genauso gibt es aber auch noch viele Beispiele, bei denen junge Menschen nicht mitgedacht werden – weder durch Vertreter_innen noch durch andere Instrumente.

Eine einmischende Jugendpolitik braucht eine strukturelle Verankerung und eine kohärente Strategie.

06 VERWEISE UND INTERNETSEITEN

- Verweise**
- 1—Vgl. z.B. BAGKJS: Monitor Jugendarmut in Deutschland 2018; MAIS NRW: Sozialbericht NRW 2016. Armuts- und Reichtumsbericht.
- 2—15. Bundesjugendbericht der Bundesregierung: S. 100ff.
- 3—Brigitte Kerchner (FU Berlin): Potential einer einmischenden Jugendpolitik für Politik und Gesellschaft. Rede auf dem Fachkongress Perspektive Jugend. Dokumentation: 2016, S. 18.
- 4—Ebd.
- 5—Vgl. Isolde Aigner, Eva Thomas: Das Solinger Modell. Von der mangelnden Befugnis zur einmischenden Jugendpolitik, in: LVR: Jugendhilfereport 3/2016, S. 16–18.
- 6—BMFSFJ: 15. Kinder- und Jugendbericht, z.B. S. 95ff. und S. 100ff.
- 7—Arbeitsgemeinschaft kommunale Jugendförderung NRW: Eigenständige Jugendpolitik aus Sicht der kommunalen Jugendförderung: 2016, S. 13.
- 8—Zentrum Eigenständige Jugendpolitik: Leitlinien. Beweggründe und Anforderungen einer neuen Jugendpolitik, <http://www.allianz-fuer-jugend.de/Arbeitsergebnisse/Leitlinien-fuer-eine-Eigenstaendige-Jugendpolitik/487>, sowie: ZEJ: Grundsätze und Ziele einer Eigenständigen Jugendpolitik. Ganzheitliche Zukunftspolitik für alle Jugendlichen, www.allianz-fuer-jugend.de/Arbeitsergebnisse/Grundsätze-und-Ziele-/482, jeweils aufgerufen am 18.10.2018.
- 9—Benedikt Sturzenhecker: Einmischende Jugendpolitik und Demokratiebildung gerade in kommunaler Jugendarbeit. Vortrag im Rahmen der Veranstaltung des Landesjugendrings NRW und des MKFFI NRW: Einmischende Jugendpolitik. Akteure und Strategien, 27.09.2016, im Rahmen des Kinder- und Jugendarbeitskongresses in Dortmund.
- 10—DBJR: Jugendverbände sind zu fördern! Rechtsgutachten von Prof. Dr. Dr. h.c. Reinhard Wiesner, Prof. Dr. Christian Bernzen, Melanie Klöß: 2013.
- 11—Bundesjugendkuratorium: Zur Neupositionierung von Jugendpolitik. Notwendigkeit und Stolpersteine: 2009, S. 50.
- 12—Landesjugendring NRW: Einmischende Jugendpolitik umsetzen: 2015.

13—UNICEF: Child well-being in rich countries. A comparative overview: 2013.

14—2. Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz: S. 37.

15—Ebd.

16—Landesjugendring NRW: Einmischende Jugendpolitik umsetzen: 2015.

17—„... um Maßnahmen auf ihre Vereinbarkeit mit den Interessen der jungen Generation zu überprüfen“ Diskussionspapier zur Entwicklung eines Jugend-Checks für Maßnahmen der Bundesregierung. Ergebnispapier einer Reihe von Expert_innenworkshops u.a. des Bundesjugendministeriums und der AGJ: 2015, S. 4.

18—Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung: Für eine jugendgerechte Gesetzgebung. Erster Bericht des Kompetenzzentrums Jugend-Check: 2018.

19—Vgl. z.B. BMFSFJ: Qualitätsstandards in der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen: 2015, 3. Auflage.

20—Bettina Lösch: Jugendproteste als Form politischer Artikulation. Wer partizipiert an Demokratie und wer ist berechtigt zu Politik? In: Wolf-Dietrich Bukow, Markus Ottersbach, Sonja Preissing, Bettina Lösch (Hrsg.): Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft: 2013, S. 52.

21—Bettina Lösch: Ein kritisches Demokratieverständnis für die politische Bildung, in: Bettina Lösch, Andreas Thimmel (Hrsg.): Kritische politische Bildung. Ein Handbuch, S. 125.

22—Vgl. Sarah van Dawen-Agreiter: Umdenken – jungdenken! Praxisbeispiele einer einmischenden Jugendpolitik vor Ort, in: Werner Lindner/Winfried Pletzer: Kommunale Jugendpolitik: 2017, S. 367–379.

Webseiten www.jugendgerecht.de
www.ljr-nrw.de
<https://mein.jugend-check.de>



ljr-nrw.de